

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Kreistag des Landkreises Schwäbisch Hall

Haushaltsrede 2010

gehalten am 17. November 2009

von

**Hans Zipperer
Fraktionsvorsitzender**

Es gilt das gesprochene Wort!



„Da stockt einem der Atem" - so die Überschrift eines Kommentars im HT vom 5.11.2009; es ging um die Kostensteigerung bei der Westumgehung um knappe 1,5 Mio. €. Es gibt mindestens drei Gründe, weshalb uns Kreisräten wie den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis der Atem stocken konnte, ja musste:

1. Bereits im April 2008 gab es eine Kostensteigerung von ca. 1 Mio. € beim ersten Bauabschnitt der Westumgehung. Von Seiten des LR fielen Begriffe wie „Fehlverhalten" des Straßenbauamtes, das Versprechen, das Amt nun an der „kurzen Leine" zu führen, bzw. die Westumgehung zur Chefsache zu machen. Kurze Leine - Chefsache - jetzt -1,5 Mio. €. Da ist was schiefgelaufen.
2. In Ihrem Schreiben, Herr LR, vom 3.11.2009, in dem Sie die -1,5 Mio. € zu erklären versuchen, schreiben Sie, dass Sie nach mehreren Kostenunterschreitungen hofften, dass sich der Trend fortsetzte und dass „dann im Haushalt 2010 noch eine Reserve stecken könnte". (S. 1) In Ihrer Haushaltsrede haben Sie (S.7) dagegen betont, „wie eng der Haushalt dieses Jahr gestrickt wurde". Es ist bedenklich, wenn ein LR innerhalb von nur drei Wochen dem KT gegenüber derartig konträre Aussagen macht.

Was stimmt? Nach Ihren Aussagen im UTA seien von den - 1,5 Mio. nur etwa 300.000,- € noch nicht finanziert. Damit haben wir den Beweis: der „eng gestrickte Haushalt" war eine reine Mär. Für mich ist dies eine klare Missachtung des vom Volk gewählten Kreistags.

3. Dass personelle Konsequenzen im Straßenbauamt angekündigt sind und umgesetzt werden, ist eine richtige Konsequenz - allein in der Verantwortung der Amtsspitze - nicht des KT. Die politische Verantwortung liegt allerdings oberhalb der Amtsleiterenebene. Es ist zu wenig jetzt stereotyp zu wiederholen, wie oft man bei den Mitarbeitern nachgefragt habe. Nur nachzufragen ist zu wenig, echte Kontrolle fordert ein sich Befassen mit dem Sachverhalt, fordert Kontrollmechanismen. Die gab es wohl nicht. Personelle Konsequenzen gegen den Amtsleiter und den Projektleiter geraten so in den Ruch eines Bauernopfers. Zumal das Projekt Westumgehung natürlich unter besonderer Beobachtung der Öffentlichkeit steht: u.a. wg. des riesigen Volumens des

Projekts von z. Z. knapp 29 Mio. € Kosten. Sogar aus der Gemeinde Untermünkheim kommen Zweifel, weil die Untermünkheimer inzwischen erkannt haben, dass die herbei geredete, ja erhoffte Verkehrsentslastung nicht kommt. Die Untermünkheimer fordern seit über einem Jahr den zusätzlichen Bau einer Querspange im Kochertal. Immerhin waren sie die Ersten, die in der Realität angekommen sind. In der Realität, die Gutachter bereits in den 70er Jahren eindeutig belegt haben.

Es ist also Luft im Haushalt.

Als die Kollegen aus der Fraktion der FREIEN vor einem Jahr die Kreisumlage um 1 Prozentpunkt absenken wollten, haben wir das neben dem formalen Argument der Kontinuität v.a. deshalb nicht mitgetragen, weil wir der Verwaltung die Möglichkeit einräumen wollten, in bestimmtem Umfang sog. Freiwilligkeitsleistungen - etwa im sozialen Bereich - zu finanzieren. Die Landkreisspitze hat dieses Angebot nicht angenommen: Von den damals plötzlich auftauchenden 1,2 Mio. € wurden 800.000,- € in den Straßenbau gepumpt und nur 400.000,- € in die Rücklage. Wir konnten das nicht verhindern.

Zur Kreisumlage erkläre ich für die SPD-Fraktion: Einem Teil der Absenkung werden wir unsere Zustimmung in diesem Jahr nicht verweigern, weil wir die daraus resultierenden Vorteile für die Kreisgemeinden für richtig halten. Wir sind allerdings nicht bereit, die Absenkung der KU über neue Schulden zu finanzieren. Sie, Herr LR, haben 60% der Absenkung als schuldengestützt genannt.

Die Möglichkeit, in überschaubarem Rahmen sog. Freiwilligkeitsleistungen etwa im sozialen Bereich zu finanzieren, ließ die Kreisverwaltung kalt verstreichen.

Ihre Haushaltsrede in diesem Jahr, Herr LR, dokumentiert wieder und weiter sozialen Kahlschlag. Zwei Beispiele:

- Die bisher gewährten 60.000,- € für Mobile Dienste der AWO, des ASB, des DRK und der Diakonie Blaufelden sind aus dem Haushaltsplan gestrichen worden.
- Ebenso der Finanzierungszuschuss für Pro Familia in Höhe von 15.000,- €.

Am 16.12.2008 haben Sie, Herr LR, in Wallhausen, als ich die Ablehnung des Haushalts für meine Fraktion begründete, wörtlich gesagt, Sie verstünden nicht, „weshalb man aufgrund von Hypothesen für die Zukunft einen Haushalt ablehnen sollte“- so das Protokoll. Meine Hypothese war, dass alle freiwilligen sozialen Leistungen bereits im Haushalt 2010 auf Null gefahren würden.

Mit dieser Hypothese habe ich zum x-ten Mal, Herr LR, Ihre Ankündigung in Ihrer Haushaltsrede 2006, die Gelder für Mobile Dienste „aus Null reduzieren“ zu wollen, zitiert und kritisiert. Mit Ihrer Verwendung des Wortes Hypothese in 2008 haben Sie vor dem Kreistag und vor dem Hintergrund Ihres aktuellen Haushaltsplans nur noch schlimm taktiert.

Schauen wir voraus und anschließend zurück:

Blick voraus: In den Vorlagen für den SKA am nächsten Dienstag taucht dieses Thema als TOP I nö. auf. Das Ausgeführte ist so mager und so dünn, dass ich hier sogar öffentlich daraus zitieren könnte. Ich tue es nicht, ich trage dann meine eigene Einschätzung vor. Blick zurück: Seit über 20 Jahren gibt es kreisweit das Angebot der Sozialen Dienste, die sich 1988 in die AG der vier o.g. Dienste zusammengeschlossen haben. Über 20 Jahre war die Arbeit dieser AG hoch willkommen. Mit Hilfe der Zuschüsse des Kreises war und ist es möglich, eine flächendeckende Versorgung des gesamten Lkrs. bei gleichzeitig sozialverträglichen Entgelten zu gewährleisten. Dass die vier Dienste durch den Aufbau eigener Strukturen Personal vorhalten müssen, aber so sogar Garantien der Versorgung geben können, wird verschwiegen.

In Ihrer heutigen Haushaltsrede, Herr LR, behaupten Sie, der Zuschuss an einige wenige Dienste sei „Wettbewerbsverzerrung“ - aber Sie nennen nirgendwo einen Wettbewerber, der sich darüber beklagt hätte oder überhaupt in Frage käme. Ihre Aussage bleibt damit für mich reine Behauptung.

Ebenso berufen Sie sich auf umfangreiche Erhebungen, die die Verwaltung durchgeführt hat, und behaupten, dass sowieso eine „flächendeckende Versorgung“ - von wem auch immer - gegeben sei. Die vier Verbände in der AG Soziale Dienste sagen dagegen in Ihrem Brief an alle Mitglieder des KT klar aus, dass sie bei Ihrer Erhebung von „betroffenen Gemeinden teilweise andere Auskünfte erhalten“ hätten.

Von Seiten der Kreisverwaltung sind diese Widersprüche bisher nicht überzeugend geklärt.

Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Abbau der finanziellen Unterstützung der Mobilen Dienste gestoppt und der Finanzierungszuschuss für Pro Familia weiter gewährt wird.

Ich sage grundsätzlich: Mein Eindruck ist, dass das Sozialstaatsgebot des GG im Kreis Hall willentlich unterlaufen wird:

Bei den angestrebten Mittel- und Zuschusskürzungen habe ich das dargelegt. Dass bei Wegfall oder massiver Einschränkung der Mobilen Dienste der Grundsatz: ambulant vor stationär zur bloßen Sonntagsreden-Rhetorik verkommen würde, habe ich seit Jahren immer wieder wiederholt. Es ist immer noch richtig; ein Beispiel aus dem Bereich des Umgangs mit den Bedarfen und Rechten behinderter Menschen: Von Seiten der Kreis Verwaltung gibt es bisher keinerlei Vorschlag, wie die große Lücke zwischen ambulanter und voll stationärer Betreuung für behinderte Menschen zumindest deutlich verkleinert werden könnte. Ambulante Betreuung, das sind 3 bis 3,5 Stunden pro Woche; Kosten: 702,- €. Die Kosten für stationäre Betreuung schwanken zwischen 1.500,- und mehr als 3.500,- € im Monat, im Durchschnitt irgendwo zwischen 2.500,- und 3.000,- € / Monat. Die zentrale Frage, wie diese Menschen aus der vollstationären Behandlung herausgeholt oder wie stationäre Einweisung hinausgeschoben werden kann, wird von der Kreisverwaltung nicht angegangen. Obwohl da viel Geld eingespart werden könnte. Und das ist doch das Argument, um das sich im sozialen Bereich von Seiten der Lkrs.-Spitze immer alles dreht. Im Lkrs. HN sind das ca. 1600 Fälle, die sich in dieser Lücke zwischen ambulant und voll stationär befinden.

Die Mitgliedsverbände im jetzigen Kreisfachausschuss Eingliederungshilfe sind im Bewusst-sein ihrer Mitgestaltungspflicht bereits 2005 mit konkreten Vorschlägen an die Kreisverwaltung herangetreten - bisher ohne Resonanz.

Wir beantragen deshalb, dass die Sozialverwaltung des Kreises ein konkretes Konzept vorlegt, wie die Lücke zwischen ambulanter und stationärer Behandlung Behinderter verkleinert und unter welchen Voraussetzungen geschlossen werden könnte. Als Drittes ist es fast als Leitmotiv der Sozialverwaltung erkennbar, dass mit den bedürftigen Menschen - trotz hohen persönlichen Engagements vieler Mitarbeiter

- oft nur in rein bürokratischer Weise umgegangen wird: Ich erinnere an den Fall im letzten Jahr, dass der Petitionsausschuss des Landtags unseren LK dezidiert aufforderte, die Spielräume, die der Gesetzgeber einräumt, sogar empfiehlt, zugunsten der Hilfsbedürftigen zu nutzen. Keine Reaktion der Verwaltung. Ich fordere deshalb Sie auf, Herr LR, die Vorgehensweisen, die Sie der Verwaltung vorgeben, im KT diskutieren zu lassen, damit hier ein möglichst weit reichender Konsens entsteht - zu Gunsten der bedürftigen Menschen. Ich gehe hier nicht auf das Wohnheim für geistig behinderte Senioren in Ilshofen ein, obwohl Sie, Herr LR, die Begrenzung des Mietvertrages auf vier Jahre nicht mehr ansprechen. Wir bitten aber um einen Zwischenbericht, wie das läuft, zum 30.6.2010 im SKA.

Kleine Anmerkung am Rand: Bereits seit gut zehn Jahren - also bereits bei Ihrem Vorgänger, Herrn Stückle, - wird in der Haushaltseinbringung als Vergleichsgröße stets das Begriffspaar: KU - soziale Ausgaben gewählt und heftig beklagt, dass Letztere die KU bereits übersteigen. Und dann wird die Forderung angeschlossen, für Freiwilligkeitsleistungen sei damit kein Geld mehr da.

Solche Kleinigkeiten sind verräterisch: Dass die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben in Einklang zu bringen sind, wissen wir alle. Umso verräterischer ist dieser willkürliche Vergleich.

Dass der sozialpsychiatrische Dienst weiter und unverändert mitfinanziert werden soll, begrüßen wir ebenso wie bei den sog. Familien entlastenden Diensten. Hier allerdings bitte ich, auf die peniblen Einzelfallanträge zu verzichten und den Bedürftigen das Fahrgeld ohne diesen Aufwand zu gewähren.

Wir begrüßen auch, weiterhin ca. 160.000,- € der Fachberatungsstelle für Wohnsitzlose der Erlacher Höhe und dem Tagestreff Schuppachburg zu gewähren. Dass eine Analyse von Aufgabenstellung und Bedarf erstellt wird, ist richtig und Aufgabe der Verwaltung. Wir bitten auch da um einen Zwischenbericht über den Stand dieser Untersuchungen zum 30.6.2010.

Zustimmung von unserer Seite auch für den Erhalt der Suchtberatung in der JVA, ebenso bei der Förderung des Kreissenioresrates, der Demenz-Gruppen und der ehrenamtlichen Schuldnerbegleitung.

Zur Lage der Jugendhilfe im Kreis Hall hat Herr Dr. Bürger vom Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) in Baden-Württemberg im Oktober 2009 vor dem JHA referiert. In seiner Gesamtbetrachtung stellt er fest, dass

- der Lkrs. sich bei der Entwicklung der Fallzahlen bei der Inanspruchnahme von stationärer Hilfe sich „in einem dem Grunde nach erwartbaren Rahmen bewegt“;
- die Zunahme der Nutzung nicht-stationärer Hilfen „sehr plausibel“ sei, weil der Kreis diese Hilfsformen im Vgl. zu anderen Kreisen „bislang eher wenig“ genutzt hat;
- die „qualifizierte Arbeit des Pflegestellenwesens“ abgesichert werden müsse;
- die personelle Ausstattung der Sozialen Dienste als „kritisch einzustufen“ sei;
- der Kreis „bezüglich der Kindertagesbetreuung überwiegend im unteren Drittel aller Kreise“ liegt, und dass die Versorgungsdichte im Blick auf qualifizierte Erziehung, Bildung und Betreuung junger Menschen eher als „nicht hinreichend zukunftsfähig“ einzuschätzen ist.
- Im Gegensatz zur offenen und verbandlichen Jugendarbeit „weist der Kreis Hall bezüglich der Schulsozialarbeit ein eher schwaches Leistungsprofil auf.“

Alles in allem also ein gerüttelt Maß an zwar verhalten formulierter, aber klarer Kritik an den bestehenden Verhältnissen im Kreis.

Die Verwaltung ist aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken. Aufschlussreich, ja verräterisch ist an dieser Stelle, dass die am 8.10.2009 im JHA vorgetragenen und gut dokumentierten Bewertungen von Dr. Bürger in Ihrer Haushaltsrede, Herr LR, mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt werden. Das hat System.

Dazu passt, dass mit dem letzten Jugendhilfebericht - in 2007 veröffentlicht - nur die Zahlen bis 2005 offen gelegt wurden. Die SPD-Fraktion beantragt, dass in 2010 dem Kreistag möglichst rasch ein aktueller Jugendhilfebericht vorgelegt wird.

Genauso mangelhaft ist im Bereich der Schulsozialarbeit, dass die Schülerhorte im Kreis abgebaut werden, bevor ein ausreichendes Ganztages-Angebot greift. Auch hier sind die erstrebten Einsparungen - zu Lasten unserer Kinder - kontraproduktiv. Uneingeschränkt positiv zu beurteilen sind die Sanierungen und Erweiterungen der beiden Berufsschulzentren einschließlich der Verbesserungen in der Ausstattung der

Fachräume. Das kann ganz sachlich so dargestellt werden. Wenn daraus aber ein Konstrukt gebastelt wird

- wie Sie, Herr LR, das in Ihrer Haushaltsrede versucht haben -, dass „das Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm bei uns gleichzeitig ein Bildungsprogramm (sei), weil fast alle Investitionen in den Schulen und Sportstätten des Landkreises stattfinden.“ so sind hier nahezu alle Wertmaßstäbe unter die Räder gekommen:

Es ist schon ziemlich abenteuerlich, Gebäuderenovierungen und -Sanierungen als Bildungsprogramm anzubiedern: Den dahinter stehenden Bildungsbegriff möchte ich kennen lernen.... Schlicht peinlich wird es, die Gelder, die im Rahmen des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung in unseren Kreis geflossen sind, als Bildungsprogramm des Kreises zu verkaufen....

Ebenso zu kritisieren ist, wenn Sie, Herr LR, beklagen, dass zu den Werkrealschulen nichts Genaueres gesagt und damit dem KT bei der Behandlung dieses Themas „nicht viel Freude“ bereitet werden könne.

Wenn ich alles richtig beobachtet habe, sind Sie weder als LR dieses Kreises noch innerhalb des Lkrs.-Tages aktiv geworden, um hinsichtlich der Organisation und der Finanzierung der Schülerbeförderung für klare Verhältnisse in der Verpflichtung des Landes zu sorgen. Dasselbe gilt für den Anteil der Sachkostenbeiträge, die der Kreis vom Land erhält.

Diese Position - Bedauern, aber nichts tun - halte ich dem Land gegenüber für windelweich.

Genau so bei der Verwaltungsreform: Hatten Sie in den ersten beiden Jahren dieser Reform noch gefeiert, dass Sie die Effizienzrendite erfüllt, ja übererfüllt haben, und unsere Prognose, dass sich das Blatt noch wenden würde, geringschätzig abgetan, so müssen Sie jetzt offen eingestehen, dass das Land seine 20% Einsparungen bis 2011 nur auf Kosten der Kreise, also auch unseres Kreises, erreichen kann. Das müssen wir durch Personal- und Sachkostenabbau erwirtschaften.

Sie klagen weiter über Mindereinnahmen bei den Vermessungsgebühren und weitere Verschlechterung für die Kreise bei den Vermessungsaufträgen. Das, was aus Ihrem Mund bedrohlich klingen soll, gipfelt in einem Satz, der fast schon lieb

klings: „Gegen diese Pläne der Landesregierung müssen wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen.“ Ich frage Sie:

Mit welchen Mitteln? Wie überhaupt? Was sind Sie bereit zu tun, um sich gegen diese rücksichtslose Privatisierung im Vermessungsbereich zur Wehr zu setzen? Und ich frage nun die Fraktionen von CDU und FDP in diesem Kreistag: Was sind Sie bereit zu tun für unseren Landkreis und gegen das üble Plündern der Lkrs.-Kassen durch das Land.

Von Seiten der Lkrs.-Spitze wird hier Mutlosigkeit demonstriert. Wir wollen ihren Mut stärken, Herr LR!

Wir stellen den Antrag, dass entweder der Kreis Hall vors Verwaltungsgericht geht und Klage einreicht oder das Sie im Landkreistag initiativ werden und uns hier über Dir Aktivwerden unterrichten.

Ich kritisiere an einer weiteren Stelle die Zurückhaltung gegenüber dem Land: Bei der Eingliederungshilfe beklagen Sie eine Steigerung des Zuschussbedarfs um weitere knapp 1,2 Mio. € und schaffen dazu als kritische Anmerkung bloß noch ein weiches: „Längst fällige strukturelle Veränderungen der Behindertenhilfe müssen auf den Weg gebracht werden und eine finanzielle Beteiligung des Bundes ist darüber hinaus unerlässlich.“

Das klingt demütig wie ein Fürbitt-Gebet in der Kirche. Mehr Mut zu Wirkungsvollerem wäre angemessen.

Genauso wirkt und klingt, wenn Sie im Zusammenhang mit der nicht ausreichenden gesetzlichen Regelung, dass „auch in Behinderteneinrichtungen bei entsprechender Einstufung Pflege erbracht wird“, beklagen: „Ich appelliere an die neue Bundesregierung, hier unverzüglich für Klarheit zu sorgen.“

Herr LR und Sie liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP! Sie haben jetzt zusätzlich zum Land auch im Bund Mehrheiten Ihrer politischen Überzeugung. Seien Sie ehrlich: Ich kann mir mit dem größten Wohlwollen nicht vorstellen, dass die in Berlin auf solch ängstlich formulierte und vorgetragene Appelle was tun. Die haben andere Sorgen! Da müssen Sie, da müssen wir alle konkreter und lauter werden. Sonst hört man uns nicht.

Kurze Anmerkungen zu vier weiteren Aspekten:

- Uneingeschränktes Lob, dass die Zahl der Ausbildungsplätze im LRA erhalten bleibt und so die Ausbildung junger Menschen weiter erfolgen kann. Als öffentlicher Arbeitgeber wird das LRA hier seiner Verantwortung gerecht.
- Klare Kritik an der deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für viele Mitarbeiter des LRA: mit der Rückführung vieler Außenstellen ins Hauptgebäude sitzen die Mitarbeiter deutlich dichter aufeinander als bisher. Und das bei stetig hohem, teilweise steigendem Publikumsverkehr. Dieses rücksichtslose Zusammenpferchen - oft von zwei Mitarbeitern in einem Büroraum, der klar nur für eine Person konzipiert war - erschwert das Arbeiten unnötig. Wo ist da die Fürsorge der Verwaltungsspitze gegenüber den Beschäftigten?
- Stichwort Demografie: Nicht nur Industriebetriebe, auch öffentliche Verwaltungen achten in ihrer Personalentwicklung darauf, dass in etwa fünf bis zehn Jahren, wenn die Zahl der qualifizierten Mitarbeiter, insbesondere beim Führungsnachwuchs, schrumpft, noch genügend Mitarbeiter da sind, um etwa Amtsleiterposten oder ähnliche Stellen qualifiziert besetzen zu können. In der Sitzung des VFA zum Stellenplan könnte der KT informiert werden.
- Wir beantragen, dass - sobald Herr Dr. Haun entsprechend eingearbeitet ist - der Kreistag informiert wird, wie seine Beurteilung der Lage und der Perspektiven für die KKH aussieht -natürlich stets im Vergleich mit der Beurteilung durch seinen Vorgänger, Herrn Geitz.

Ich komme zu meinem letzten Thema. Es steht nur in seinem Ausgangspunkt in Verbindung mit der Verabschiedung des aktuellen Haushaltsplans. Ich halte es für zentral wichtig:

Betrachten wir das Gesamtvolumen unseres Haushalts - Vermögens- und Verwaltungshaushalt gemeinsam - von etwa 220 Mio. € und stellen wir dagegen, wo dem Lkrs. Gestaltungsspielräume zustehen, so ist das verschwindend wenig.

Pflichtaufgaben und de facto Pflicht-aufgaben lassen kaum Spielräume zu.

Wir sehen uns gezwungen, nur noch zu suchen, wo wie viel eingespart werden kann.

Wir streiten uns hier häufig um Summen, die als Minimalbeträge einzustufen sind, sei es die Einsparung einiger weniger Euro beim erzwungenen Wohnungswechsel eines Hartz-IV-Empfängers, weil aufgrund personeller Veränderungen in der Familie nur noch Anspruch auf weniger Quadratmeter besteht, oder seien es die veränderten

Müllgebühren. Wir werden in 2010 eine Anfrage erarbeiten, in der wir die Finanzverwaltung bitten werden aufzuschlüsseln, wo welche finanziellen Spielräume gegeben sind und in welchem Verhältnis diese zum Volumen des Gesamthaushalts stehen.

Herr LR, was ich jetzt sage, geht nicht sie als Person an, sondern es geht mir um die Spezies LR in Baden-Württemberg insgesamt:

Alle LR lieben ihren Lkrs. alle lieben ihr Amt. Und das ist gut so.

Schließlich hat der frühere MP Teufel mit seiner höchst problematischen Verwaltungsreform die Macht der LR gestärkt und so einen stabilen Machtsockel für die Reihe seiner Nachfolger als MP geschaffen. Also ein sehr statischer Block. Es wird also Jahre dauern, bis Bewegung in dieses Thema kommt. Ich halte es aber für sinnvoll, darüber nachzudenken, ob auch die Größe unserer Lkrs. auf Dauer noch ausreicht, um in einer angemessenen Kosten-Nutzen-Relation zu arbeiten. Ein gutes Dutzend der Mitglieder dieses Kreistages - mich eingeschlossen - gehört dem Regionalverband Heilbronn-Franken an. Das ist ein reines Planungsgremium.

Der Großraum Stuttgart ist da viel weiter: Die Region Stuttgart umfasst über Stuttgart hinaus mehrere Lkrs.

Die Regionalversammlung Stuttgart wird direkt vom Volk gewählt und hat neben der Finanzhoheit weit reichende Entscheidungskompetenzen. Natürlich ist das weder I zu I, noch von heute auf morgen übertragbar. Ich bitte Sie, Herr LR, ich bitte Sie liebe Kolleginnen, liebe Kollegen dieses KT im Regionalverband, und ich bitte den gesamten Kreistag, über diese Perspektiven nachzudenken. Irgendwann müssen wir es tun. Packen wir es doch frühzeitig an!

Anträge:

1. Zuschüsse für Mobile Dienste in gleicher Höhe erhalten, nicht abbauen.
2. Finanzierungszuschuss für Pro Familia weiter gewähren.
3. Aktueller Jugendhilfebericht in 2010.
4. Schülerhorte in den Orten ohne Ganztagesangebot weiterführen.
5. Klage vor dem VGH gegen das (in Aussicht stehende) Landesgesetz, Vermessungsaufträge nur noch privat zu vergeben.
6. Bis 30.6.2010 Bericht über Situation im Heim für behinderte Senioren in Ilshofen.
7. Bis 30.6.2010 Zwischenbericht der Untersuchung Erlacher Höhe / Schuppachburg
8. Vorstellung des Verwaltungskonzepts zur Sicherung von Führungsnachwuchs.
9. Vortrag von Dr. Haun vor dem Kreistag zur Zukunft der Kreiskrankenhäuser.